



Gleichstellung jetzt!

von Elisabeth Stiefel am 03. Dezember 2013

Elisabeth Stiefel geht der Frage nach, warum am 22. September mehr Frauen die Union wählten, obwohl das Programm der Sozialdemokraten mutiger für eine gleichgestellte Wirtschaft eintrat. Dabei macht sie deutlich, dass Gleichstellung als Paradigma für ein lebensdienliches Wirtschaften ist.

Niemand weiß genau, weshalb am 22. September so viel mehr Frauen als Männer die CDU/CSU gewählt haben. Ebenso wenig erklärt sich von selbst, warum deutlich mehr gut qualifizierte junge Männer als bei der letzten Wahl der SPD ihre Stimme gaben. Sind Frauen grundsätzlich konservativer als Männer? In Ermangelung präziser Analysen liegt es nahe, die im Vorfeld der Wahl publizierten Regierungsprogramme von SPD und CDU nach geschlechterpolitisch relevanten Aussagen zu befragen.

Eine Nachlese

Unverändert empfahl sich die CDU in ihrem Wahlprogramm als die Partei der Familie. Ehe und Familie sind für sie wie seit jeher das Fundament der Gesellschaft und Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Doch Frauen sollen nicht mehr wie ehemals zur Gänze der Familie zur Verfügung stehen. Ein wirtschaftlich erfolgreiches Deutschland kann die beruflichen Kompetenzen von Frauen nicht ungenutzt lassen. In dieser Situation hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen hohen Stellenwert. Zu einem kurzen Katalog frauenpolitischer Forderungen gehört gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs. Das Wort Gleichstellung hat auf 128 Seiten keinen Platz.

Im Gegensatz dazu offenbart das SPD-Programm ein Leitbild von Geschlechterpolitik, das die opportune Vereinbarkeitsformel übersteigt und Familie und Beruf in ein neues Verhältnis setzt. Neben dem Bekenntnis zur Vielfalt der Formen des Zusammenlebens steht die Forderung nach Partnerschaft in allen Lebensbereichen. Im Klartext bedeutet dies die Vision des Abbaus von Strukturen, die trotz Gleichberechtigung überall auch heute noch das hierarchische Geschlechterverhältnis der Vergangenheit verkörpern.

Ebenso überzeugend wie mutig ist die Aussage des SPD-Programms, dass nur eine gleichgestellte Wirtschaft in der Lage ist, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Aufmerksame BetrachterInnen sind versucht, den kühnen Transfer von Geschlechterpolitik in makroökonomische Zusammenhänge als Vorgriff auf eine neue Perspektive des Wirtschaftens anzusehen. Eine zukunftsfeste Demokratie braucht einen Zuschnitt von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der sich an der ökonomischen Eigenständigkeit beider Geschlechter orientiert, und zwar ganz unabhängig vom Familienstand. Nur so kann der Gefahr wachsender sozialer Ungleichgewichte, insbesondere jedoch der latenten Armut von Frauen und Kindern begegnet werden.

Kommentatoren des Wahlergebnisses hegen die Überzeugung, dass der christdemokratische Wahlsieg vor allem auf das Konto der Kanzlerin geht. Ist Angela Merkels Politikstil, der oft als weiblich beschrieben und beschrien wird, für Frauen noch attraktiver als für Männer? Man möchte hoffen, dass die Kanzlerin unabhängig von den Beharrungstendenzen ihrer Partei eine Geschlechterpolitik unterstützt, die sich am Leitbild durchgängiger Gleichstellung orientiert. Dies käme auch einem zeitgemäßen Verständnis von Familie und Haushalt zugute.

Ebenso alt wie die Forderung der Frauen nach Gleichheit ist die Frage danach, was Gleichheit zu bedeuten hat. Gleiche

Rechte im Ehe-, Familien- und Erbrecht? Chancengleichheit als diskriminierungsfreier Zugang zu Bildung und Einkommenserwerb? Aufwertung von Familienarbeit im System sozialer Sicherheit? Die Liste ließe sich verlängern. Dem Grunde nach geht es jedoch auch im 21. Jahrhundert noch immer um die Revision der patriarchalen Mythen von Eva als Adams Rippe, von Männern als Prototyp der menschlichen Spezies.

Unterscheidungen - ein Zwischenruf

Gerne werden die ausufernden Benachteiligungen der Frauen in der globalen Marktwirtschaft den neoliberalen Wucherungen eines rücksichtslosen Kapitalismus zur Last gelegt. Bei genauerem Hinsehen erweist sich diese Sicht jedoch als zu simpel. Sie vernachlässigt, dass die industrielle Zivilisation den aus grauer Vorzeit überkommenen Status des Mannes als pater familias nicht in Frage gestellt, sondern mit dem (Ernährer)Haushalt bruchlos in die Neuzeit hinein verlängert, legitimiert und befestigt hat.

Es war die Unsichtbarkeit von Frauen und ihrer Arbeit im ökonomischen Denken, die vor mehr als zwanzig Jahren eine Gruppe von Ökonominnen zum Aufbruch in vertieftes Nachdenken blasen ließ. Mit dem Motto Care als Symbol für versorgende, personenbezogene Arbeit im Konsumbereich stellten sie das Paradigma der industriellen Arbeitsproduktivität als vorrangiges Merkmal modernen Wirtschaftens auf den Prüfstand. Nicht Produktion und Konsum von Wohlstandsgütern, sondern soziales Wohlbefinden - Well-Being - und Generationengerechtigkeit müsse das Leitmotiv humanen Wirtschaftens sein.

Sie begannen, die eindimensionale Fixierung ökonomischen Denkens auf Produktion und Distribution von materiellen Gütern in Frage zu stellen und forderten, den Horizont des Diskurses aufzubrechen. Neben Männern seien auch Frauen und Kinder sowie die in Haushalt und Familie geleistete und nicht entgeltete Arbeit in den Blick zu nehmen. Eine auf Produktions- und Marktprozesse reduzierte Perspektive taue nicht zum Fundament einer Wirtschaftsweise, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts an ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit genügen könne.

'*We can see the invisible*' meinte vor kurzem eine namhafte Vertreterin ihres Fachs in einem Blog. Tatsächlich offenbart die Analyse aus dem Blickwinkel von Frauen und Versorgungsarbeit Risse im ökonomischen Theoriegebäude, die zwar offen zutage liegen, aber gemeinhin von niemand als störend empfunden werden. Verblüffend ist z.B. die unausgeleuchtete Einheit von Haushalt und Person, hinter der sich die Mehrschichtigkeit des männlichen Haushalters verbirgt. (ER und die Seinen, d.h. die von ihm Unterhaltenen).

Kinder kosten Geld, und auch nicht erwerbstätige (Haus)Frauen schlagen auf der Sollseite industriellen Wirtschaftens zu Buch. Die (Unterhalts)Kosten des Nichtmarktbereichs gelten als soziale Last, wenn sie aus dem Schatten privater Haushaltsvorstände in die Zuständigkeit öffentlicher Haushalte gelangen. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mindert der Nichtmarkt Wachstum und Wohlstand, und die Empfehlung von Gründervater Adam Smith, vorhandenes Geld nicht für private Dienstleistungen zu verschwenden, hat nie jemand widerrufen. Smith war überzeugt, verfügbare Ressourcen gehörten zur Gänze in den Kapitalstock als Grundlage von Zuwächsen materieller Produktion.

In der Perspektive produktions- und marktbezogener ökonomischer Theorien verursachen Kinder ebenso wie die unbezahlte Arbeit in der Familie Bedarfe, die der individuelle Arbeitslohn nicht abdeckt. Sozialistische Theoretiker und Gewerkschaften haben deshalb bis ins 20. Jahrhundert dafür gekämpft, dass Männer Familienlöhne erhalten sollten, um ihre Angehörigen unterhalten zu können. Die geringere Bezahlung von Frauen erschien dadurch gerechtfertigt, dass man sie entweder als Zweitverdienerin oder als alleinstehend betrachtete.

Ein familienbezogener Männerlohn behindert jedoch die Expansion der Märkte ebenso wie den Anspruch von Frauen auf Eigenständigkeit. Es war deshalb konsequent, dass der Einstieg in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Artikel 119 der [Römischen Verträge](#) (zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) die Gleichheit des Arbeitsentgelts zu einem der Grundprinzipien von Modernisierung erhob.

Gleichstellung als Paradigma lebensdienlichen Wirtschaftens

Die Metamorphose der unsichtbaren Hausfrau zur gleichgestellten Arbeitnehmerin nahm vorweg, was in den Nationalstaaten noch jahrzehntelang zu hitzigen Debatten Anlass gab. Ein eigener Subjektstatus der Frau innerhalb der

Arbeitsmärkte tangierte ihre nachrangige Stellung im industriellen Ernährermodell nur am Rande. So wurde z.B. im westdeutschen Familienrecht erst 1977 das Recht von Ehemännern abgeschafft, den außerhäuslichen Gelderwerb der Ehefrau zu unterbinden.

Symptomatisch für vielfältige Friktionen zwischen der Dynamik makroökonomischer Entwicklungen und dem Beharrungsvermögen patriarchaler Strukturen ist die Ehegattenbesteuerung im deutschen Einkommensteuerrecht. Das 1957 - also im Jahr des Inkrafttretens der Römischen Verträge - eingeführte Splitting war dazu ausersehen, die Lust der Frauen auf eigene Erwerbstätigkeit zu dämpfen. Die Nutzung ihrer Fähigkeiten sollte Mann und Kindern vorbehalten werden.

Mit beitragsfreien Leistungen für Angehörige stützte auch das Sozialrecht den männlichen Alleinverdiener. Einst eingeführt im Hinblick auf Erhalt und Stärkung der Produktivität männlicher Arbeitskraft, waren die kostenlosen Ansprüche von Ehefrauen an die soziale Sicherung ein weiterer Anreiz, dem Arbeitsmarkt fernzubleiben. Doch mit dem Wandel von Erwerbsarbeit hin zu bezahlter Dienstleistung haben immer mehr Frauen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Familienpflichten und Einkommenserwerb flexibel zu kombinieren.

Im Schatten der propagierten Wahlfreiheit entwickelte sich die Familienfrau zur allzeit bereiten Zuverdienerin ohne eigenes Profil. Dieses, bis heute praktizierte Konzept entspricht weder dem Anspruch der Frauen auf ökonomische Unabhängigkeit noch dem Bedarf der Haushalte an verlässlichen Ressourcen für die Generationensorge. Vielmehr überträgt es die patriarchalen Schief lagen der industriellen Haushalts- und Wirtschaftsweise in eine Zukunft, die neue Perspektiven braucht, wenn sie den Fortbestand lebendigen Lebens sichern soll.

Während neoklassische Ökonomik überzeugt ist, dass der männliche Haushalter als Individuum die gebündelten Kräfte der von ihm Unterhaltenen in den Güterkreislauf einbringt, reicht eine geschlechter- und generationengerechte Perspektive über die Marktgrenze hinaus. Verblüffend ist, dass die volkswirtschaftliche Rechnungslegung über Kosten und Erträge von Arbeit hartnäckig ausblendet, dass unter der Ägide des industriellen Familiernährers personenbezogene Dienstleistungen nicht auf der Haben-, sondern auf der Sollseite des Wirtschaftens bilanzieren.

In diesem Modell mindert der Zweitverdienst von Frauen ebenso die Unterhaltslast von Ehemännern wie die Kostenbelastung des industriellen, auf die Absicherung des Güterproduzenten und seiner Angehörigen zugeschnittenen Sozialsystems. Gänzlich unsichtbar ist daneben die stille Umverteilung der Kosten des Kindesunterhalts auf die Schultern ihrer Mütter, während ihr eigener Aufwand an Zeit und Kraft für unbezahlte Arbeit weiterhin in der Defensive bleibt.

Das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern ist nicht abzulösen von einer Neubewertung von Arbeit. Solange die Wirtschaftsweise des 21. Jahrhunderts die eindimensionale Ausrichtung des Industriezeitalters auf die Produktion von Wohlstandsgütern nicht in Frage stellt, werden Dienstleistungen für lebendiges Leben nicht aufhören, Ungleichheit hervorzubringen. Ganz unabhängig vom Geschlecht derer, die sie tun.